

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Machtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 50 Pfg. für die einspaltige
Zeile und deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 30. November 1918.

22. Jahrgang.

Was fordert die siegreiche Revolution von uns?

Mit zwei wichtigen Faktoren, die in Deutschland fast unausrottbar schienen, hat die Revolution fast spielend ausgeräumt. Das sind die monarchistische Staatsform und der Militarismus. Beide reaktionäre Machtquellen sind für immer erledigt und damit auch jene vielseitigen Nebenfaktoren, die einer fortschrittlichen Entwicklung hindernd im Wege standen. Die Pressefreiheit, das unbeschränkte Versammlungsrecht sind in jeder Hinsicht garantiert. Die Klassenjustiz ist jetzt praktisch eine Unmöglichkeit, denn eine vollkommene Sicherung des Einflusses der Volksmassen auf Recht und Gesetz, durch weitestgehende Wahlberechtigung für alle behördlichen Körperlichkeiten ist gegeben. Unendlich viel ist also in alledem erreicht, doch der Zweck der Revolution wäre damit noch nicht erfüllt. Der wichtigste und schwerste Teil der Revolution ist der Wiederaufbau Deutschlands in sozialistischem Sinne. Hier stehen wir geradezu vor einem Trümmerfeld, aus dem herauszukommen nicht leicht sein wird. Das neue Deutschland soll sozialistisch sein, dazu ist Vorbedingung, daß erstens die Verwaltung rein demokratisch wird. Der ganze Organismus, Post, Bahn, Gericht, Reichs-, Landes-, Provinzial-, Gemeindeverwaltung usw. muß so einfach wie möglich gestaltet werden, und alle Beamten in eine Stellung gebracht werden, in der sie sich als Beauftragte des Volkes fühlen und betätigen müssen. Das zweite Problem, das jetzt gelöst werden muß, ist das Finanzwesen. Hier stehen wir vor einer ganz besonders schwierigen und heiklen Frage. Noch läßt sich die zukünftige Schuldenlast Deutschlands gar nicht voll überschauen. Wir wissen nur, daß sie eine riesenhafte, geradezu phantastische Höhe erreichen wird. Vorkäufig ist mit einer jährlichen Verzinsung von 6000 Milliarden Mark zu rechnen. Damit aber noch nicht genug. Es kommen noch weitere jährliche Ausgaben für die Kriegswirtschaftsbesorgung und anderes hinzu, so daß mit einer jährlichen Ausgabe für die Kriegskosten in der Gesamtheit von 13 1/2 Milliarden zu rechnen ist. Da ist es begreiflich, daß mancher auf den Gedanken verfällt, wir möchten es so machen wie Rußland: einfach einen Strich durch die ganze Rechnung, und dann sind wir alles los. Nein, so geht es nicht. Aus rein volkswirtschaftlichen Gründen geht das nicht, denn Deutschland steht nicht allein in der Welt. Wir sind besetzt von kapitalistischen Ländern, in denen von einer sozialen Umwälzung noch nichts zu spüren ist. Mit diesen Ländern müssen wir irgendwie wieder in wirtschaftliche Verbindungen kommen, um unser eigenes Wirtschaftsleben wieder in Ordnung bringen zu können. Trotz all dieser riesenhaften Schuldenlast brauchen wir aber nicht zu verzweifeln, wenn wir in Deutschland zu einer rationalen Finanzwirtschaft übergehen. Eine zweckmäßige gerechte Verteilung der Lasten wird uns vielerlei Luft schaffen. Da ist zunächst eine zweckentsprechende verhältnismäßige Besteuerung der Einkommen, dann eine richtige Besteuerung der Vermögen und des Vermögenszuwachses, die Hebernahme der Rohstoffe, die Erbschaftsteuer usw. Besonders hier kann ohne Skrupel zugegriffen werden. Das beginnende Zeitalter wird ein sozialistisches sein. Da fällt jede moralische Notwendigkeit durch Erbschaften für seine Nachkommen zu sorgen, fort, denn für alle wird Lebensmöglichkeit gegeben sein. Von dem vorhandenen erblichen Nationalvermögen wurden bisher durchschnittlich 10 Milliarden jährlich verzehrt. Wenn da etwa 40 Prozent für das Reich abzugeben werden, so haben wir hier allein eine Einnahme von jährlich 4 Milliarden, die dem Allgemeinwohl zugeführt werden können. Der Einzelvorteil muß im neuen Deutschland überall zurücktreten vor dem Allgemeinwohl. Hierzu kommen die voranschreitenden Einnahmen aus schon vorhandenen und neuen staatlichen oder bergesellschafteten Betrieben. Der Rat der Volksbeauftragten hat eine Kommission von 9 hervorragenden Volkswirtschaftlern eingesetzt, die prüfen soll, welche Betriebe sich zunächst für die Sozialisierung eignen. Daß der Rat der Volksbeauftragten diese Kommission nicht rein aus Sozialdemokraten zusammengesetzt hat, beweist, vor welch schwierigem Problem wir in der Sozialisierung der Betriebe stehen. Als dritte große Aufgabe tritt uns ein großer Komplex von wirtschaftlichen Aufgaben entgegen. Da ist die Rohstoffbeschaffung, die durchaus nicht leicht genommen werden darf. Ferner das Bauwesen. Es fehlen rund 700 000 Wohnungen. Damit ist es im Interesse des Allgemeinwohls nötig, für eine dichtere Bevölkerung des flachen Landes zu sorgen. Die freiwillige Zuwanderung aufs Land, unter freien, modernen Bedingungen, muß gefördert werden. Die Landwirtschaft muß im Allgemeinen Interesse so intensiv als möglich gestaltet werden. Durch Herbeiführung des Großgrundbesitzes können viel neue selbständige Bauernwirtschaften geschaffen werden, die einmal manchem fleißigen Mann ein nützlich-käufliches Feld bieten, dann aber auch die Lebensmittelherzeugung wesentlich fördern können. Die vierte wichtige Arbeit werden die sozialen Aufgaben sein. Zum Beispiel die Wahrung der Rechte der Lohnarbeiter. Obwohl in Zukunft das alte Schicksal unmöglich geworden ist, sind doch die Arbeiterfragen nicht ganz einfach zu lösen. Es ist die Frage zu stellen: Wie kann das Arbeitsverhältnis völlig demokratisch gesichert werden? Hier stehen wir auf der Gegenüber in der Sozialdemokratie. Die Spartakusleute wollen offen den Bolschewismus. Das jetzt die auffällige Erklärung des Berliner Spartakusmannes Richard Müller: „Nur über seine Leiche ging der Weg zur Nationalversammlung.“ Ohne Demokratie ist der Sozialismus unmöglich. Wir haben eine alte Bastille gestürzt und wollen keine neue aufziehen. Brauchen wir den Kampf um die Nationalversammlung zu fürchten? Nein. Durch die Demokratie wird die Revolution nicht gefährdet. Viel eher könne es umgekehrt der Fall sein, daß wir die Revolution gefährden, wenn wir uns nicht an die von uns selbst stets verteidigten Grundlagen der Demokratie halten. Neben diesen Selbstverständlichkeiten komme in Betracht, daß auch der Friedensschluß gefährdet sei, wenn wir in Deutschland nach bolschewistischem Muster arbeiten wollten. Die Entente wird nur mit einer vom Volke bestellten Regierung Frieden schließen. Darüber darf sich niemand täuschen. Die Haltung der Entente ist durchaus verständlich, da sie ja kapitalistische Regierungen sind. Die Arbeiter- und Soldatenräte sind zwar ein nützlich-käufliches Mittel, aber doch keine tatsächliche Volksvertretung. Die neue Volksvertretung wird vom Frauenwahlrecht beeinflusst. Die Zusammenlegung wird auch nach der Verhältnismäßigkeit vor sich gehen, so daß erst dann eine wirkliche Volksvertretung bestehen wird. Bis dahin werden die Arbeiter- und Soldatenräte ihre Pflicht tun. Die Revolution hat uns die Aufgabe des Wiederaufbaus gestellt. Arbeiten wir dahin, daß dieser Aufbau im Geiste der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aufgerichtet wird.

Keine Diktatur, sondern Demokratie!

Die schnellen Erfolge, welche die Revolution mit sich brachte, scheint einigen Führern des Berliner Arbeiter- und Soldatenrates in den Kopf gestiegen zu sein. In Berlin war die Spartakusgruppe, unterstützt von einem Teile der Unabhängigen Sozialdemokratie daran, die Diktatur einzuführen. Als Grund zu dieser Maßnahme wurde angegeben, die revolutionären Erfolge zu „sichern“. Man glaubte die Maßnahmen der Bolschewisten ohne weiteres auf Deutschland übertragen zu können. In Berlin war es beinahe so weit, daß die jetzige Regierung Ebert-Gaase auf die Seite geschoben worden wäre. Aber der Berliner Radikalismus mußte erfahren, daß in Deutschland die Verhältnisse doch anders liegen wie in Rußland. Aus allen Gauen Deutschlands wurde gegenüber dem diktatorischen Vorgehen des Berliner Volksausschusses scharf protestiert. Und daraufhin hat man sich in Berlin besonnen. Schon wollten einige Staaten Süddeutschlands sich endgültig von Berlin frei machen, in Rheinland wurde die Gründung einer eigenen Republik erwogen. — Da kommt nun die erfreuliche Mitteilung, daß die Delegiertenversammlung der A- und S.-Räte in Berlin folgendes beschlossen hat:

„Genossen! Kameraden! Der Volkswirtschaftsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte erblickte in dem Sturm und Drang der ersten Revolutionstage seine Aufgabe darin, eine Regierung von Volksbeauftragten zu schaffen, die die Leitung und Verwaltung des neuen republikanischen Staatswesens in Deutschland und Preußen zu übernehmen hatte. Der Volkswirtschaftsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte macht sich aber keine Diktatur-gewalt über die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Errungenschaften der Revolution gesichert werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerlegen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes. Der Volkswirtschaftsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschluß verbunden sind, Herr werde; er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden.

Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Volkswirtschaftsrats von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine gesetzbegabende Versammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Wir fordern Euch deshalb auf, so schnell als möglich zu einer Delegiertenversammlung in Berlin zusammenzutreten. Schnelles Handeln tut not.“

Gesagt muß aber werden, daß der Berliner Volkswirtschaftsratsrat selbst Schuld daran ist, wenn er sich jetzt sozusagen „korrigieren“ muß. Wir freuen uns, daß die diktatorischen Gelüste mit so großem Nachdruck durch die Volksernährung zurückgewiesen wurde. Dadurch ist der Weg zu einem gemeinschaftlichen Zusammenarbeiten unter den verschiedensten Richtungen der Arbeiterbewegung möglich, dadurch ist die Berliner Obervormundschaft, welche Ebert und Gaase an der Strippe halten sollte, beseitigt.

Wer hat den großen Vertrag unterzeichnet?

In „Der Steinarbeiter“ Nr. 47 haben wir den äußerst wichtigen Vertrag veröffentlicht, den die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands mit den großen Unternehmerverbänden abgeschlossen hat. Bis heute haben diesen Vertrag folgende Arbeitgeberverbände unterzeichnet:

- Gesamverband deutscher Metallindustrieller.
- Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
- Reifenverband.
- Verband deutscher Waggonfabriken.
- Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie.
- Berliner Arbeitgeberverband der chemischen Industrie.
- Arbeitgeberverband der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie.
- Reichsverband der deutschen Klavierindustrie und verwandter Künste.
- Deutscher Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.
- Arbeitgeberverband deutscher Schlossereien und verwandter Gewerbe.
- Bund der Arbeitgeberverbände Berlins.
- Zentralverband deutscher Arbeitgeber in den Transport-, Handels- und Verkehrsgewerben.
- Schuhverband deutscher Schuhfabrikanten.
- Obersächsischer Berg- und Hüttenmännischer Verein, Rattowitz.
- Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
- Hauptverband Berlin.
- Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.
- Östliche Gruppe, Rattowitz.
- Zentralverband der deutschen elektrochemischen Industrie.
- Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.
- Arbeitgeberverband im Nohrlagergewerbe.
- Allgemeiner deutscher Arbeitgeberverband für das Ledergewerbe.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hat sich bereits vorerwähnt mit den in Frage kommenden steinindustriellen Verbänden in Verbindung gesetzt, damit dieselben ebenfalls die Unterzeichnung vornehmen sollen. Die Verhandlungen sind noch in der Schwere. Aber mit Eile scheinen die Herren Steinindustriellen:

jene Frage nicht prüfen zu wollen. Wir müssen konstatieren, daß die Herren der deutschen Steinindustrie den neuen Geist der Zeit absolut nicht erfassen wollen. Der Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe hat die Unterzeichnung bereits vorgenommen, in der Steinindustrie wird noch „erwogen“, was zu tun ist!

Zum Abschluß dieses wichtigen Vertrages schreibt das „Correspondenzblatt“ in dieser Nummer:

„Mit diesem Vertrag ist ein gewerkschaftlicher Sieg von jenseitiger Größe errungen worden, denn er bedeutet seitens der Unternehmer die völlige Freigabe des Herrn-im-Hause-Prinzips, gegen das so viele und erbitterte gewerkschaftliche Kämpfe geführt werden mußten. Die absolute Gleichberechtigung der Gewerkschaften mit den Unternehmerorganisationen ist durch die Vereinbarung anerkannt, und die Stellung der Arbeiter im Betrieb wird durch ihre Bestimmungen freier sein als zuvor. Der Achtstundentag fällt ihnen wie eine reife Frucht in den Schoß. Der alte Geist des Schachtmachertums hat dem neuen Geist gegenseitiger Achtung und Vertragsfähigkeit Platz machen müssen, und die gelbe Korruption wandert in die Kumpfkammer. Auf diesen Erfolg können die Gewerkschaften mit Befriedigung blicken; sie werden aber nicht vergessen, daß nunmehr die Arbeit für die Durchführung des Vertrages beginnt.“

Eine neue Welt im Werden.

Noch daß die Menschheit unter den fürchterlichen Nachwehen dieses grauen Krieges. Erst ganz allmählich kann sich der menschliche Geist wieder aufrichten, nachdem er so viele Jahre in den Banden des Militarismus und des Mordens gewesen. Aber wie im höchsten Fieber oftmals die Kräfte eintritt und damit die Genesung, so hat auch bei uns das Volk in höchster Not und Verzweiflung mit den herrschenden Klassen Abrechnung gehalten und beiseite geschoben, was uns solange bedrückte. 22 Potentaten sind in wenig Tagen erledigt, und seit dem 9. November 1918 ist Deutschland eine Republik.

Gewaltige Änderungen sind erfolgt, andere stehen bevor. Neue Volkserziehung, die von staatlicher Seite ausging, ist beseitigt. Neue Belagerungszustand, keine Zensur, kein staatlicher Religionszwang, keine Befehlsordnung, keine Ausnahmegeetze mehr. Am 1. Januar 1919 tritt im Reich der achtstündige Normalarbeitstag in Kraft. Für das Gebiet des ehemaligen Königreiches Sachsen ist der Achtstundentag seit Montag, den 25. November, eingeführt, eine Maßnahme, welche von den Steinarbeitern besonders lebhaft begrüßt wird.

Wohnungsnot und Volksernährung werden binnen kurzem von ihren größten Mängeln befreit.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperlichkeiten werden mit freiestem Wahrecht für Männer und Frauen vollzogen.

Eine Nationalversammlung, in der auch die Minderheiten (durch Verhältnismäßigkeit) zur Geltung kommen, soll bald gewählt werden und die neue Regierung bilden. Heute, da Ebert, Haack, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth der Regierung vorstehen, befinden wir uns in dem gütigen Übergangsstadium, das begreiflicherweise noch viele Mängel und Schwächen aufweist. Aber das Ziel, Durchführung der sozialistischen Republik, halten wir fest im Auge, wenn auch bis dahin noch ein weiter, weiler Weg ist.

Sobald die Friedensverhandlungen beginnen, wird auch die Ernährungsfrage leichter zu lösen sein, da Amerika unmittelbare Hilfe zugesagt hat. Immerhin können darüber noch 2 bis 3 Wochen vergehen, und für diese gefährlichste Zeit für das deutsche Volk möchten wir an die Besonnenheit und an das Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen von uns appellieren.

Darum müssen wir in den nächsten Tagen und Wochen den Kopf oben behalten, die Herzen aufreichten und überroll mitteilen, daß Ruhe und Besonnenheit die erregten Gemüter vor unüberlegten Handlungen bewahrt, wie sie von Seiten der Spartakusleute propagiert und geplant werden.

In den Gewerkschaften wird der rückkehrende Strom der Soldaten neues, ungeacht pufferendes Leben bringen. Schon lassen sich die aus dem Felde Zurückkehrenden einreihen in unseren Verband, und in der Tat war keine Zeit unserer Agitation so günstig wie die jetzige.

Gerade weil die jetzige Regierung starke Gewerkschaften förmlich zur Voraussetzung hat, soll sie sich allen Widerständen zum Trotz durchsetzen, müssen wir in den nächsten Tagen und Wochen alles tun, um unsere Reihen zu schließen.

Es muß sehr bald die Zeit gekommen sein, wo es keinen einzigen unorganisierten Kollegen mehr gibt, oder wo man den einzelnen unorganisierten anschaut wie ein unerfreuliches „Munderlein“. Das alles geht oder nicht durchzuführen, wenn die politischen Vorgänge sich nicht festigen können, und die ordnende Hand in dem Mienenhaos der Demobilisation fehlt.

Die geschichtliche Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und im Besonderen der Gewerkschaften ist jetzt, alles zu tun, was uns vor dem Schicksal eines Zusammenbruchs bewahrt. Jeder freie seine Kräfte dafür zur Verfügung.

Aus dem Pflastersteinbezirk Grimma-Wurzen.

Man schreibt uns:

Die Heeresentlassungen sind schon im vollen Gange. Es haben sich schon Anmeldungen zum Bezahnde stattgefunden, weiterer Zugang wird folgen. Das Verhalten der Unternehmer berührt recht eigenartig. Wegen der Teuerungszulage ist es hier zu einer seltenen Umwälzung leider nicht gekommen. Die Herren geben teilweise eine kleine Zulage, dann aber glauben sie der Verpflichtung entgehen zu sein, indem sie sagen: die Leute seien an bessere Stellen platziert worden, wodurch der Verdienst aufhebert werden konnte. Was wollen aber die Herren jetzt für eine Ausrede gebrauchen, wenn die Kollegen wieder anrücken, und die Steinindustrie befreit werden? Kann da nicht die sämtlichen Arbeiter eine gute Stelle referiert werden? Wie ist denn derzeit an das Kriegswesen gegangen, um eine Erhöhung der Löhne zu erwirken. Die Herren aber schreiben, sie könnten nicht mehr geben, weil schon mit Gehalt gearbeitet wurde. Wir fragen, wo bleibt da die Unternehmerorganisation um die Verhältnisse zu regulieren. Die bisherigen Steinarbeiter können sich nicht mehr mit der Welt zufrieden geben, die Betriebe reorganisieren sich nicht. Aufgehoben wurden die Kleinrentner, die großen Sorten dagegen nur um einige Pfennige. Und wie die Bundeslöcher haben. Das wollen die Herren am allerbesten!

Die Kollegen des Bezirkes haben sich nun verständigt und stellen die Forderung auf, daß auch die Arbeiter, Grimma, Wurzen, die Zulagen bezahlt werden müssen, welche für den Bezirk Bezahnde gelten. Dort werden

Der 8-Stunden-Arbeitstag in Sachsen eingeführt.

Für das Gebiet der Republik Sachsen ist folgender Erlaß von größter Bedeutung:

Dresden, 22. November. Auf Grund reichsgesetzlicher Verordnung vom 12. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1303) muß bis spätestens den 1. Januar 1919 die allgemeine achtstündige Arbeitszeit durchgeführt werden. Für die Republik Sachsen wird folgende besondere Verordnung erlassen:

1. Die wöchentliche Arbeitszeit für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte darf in fabriks- oder handwerksmäßig betriebenen Unternehmen, Betriebswerkstätten von Staats- und Gemeindeunternehmen und im Handelsgebiete 48 Stunden nicht übersteigen. Soweit es sich um Arbeiter und Angestellte handelt, die nicht unter die genannten Kategorien fallen, sind die zuständigen Berufsorganisationen (Gewerkschaften und Angestelltenverbände) berechtigt, Anträge auf Einführung der 48stündigen Maximalarbeitszeit beim Arbeits- und Wirtschaftsministerium einzureichen.
2. Trotz der Kürzung der Arbeitszeit darf eine Verminderung des Verdienstes oder Gehalts gegenüber dem Verdienst oder Gehalt bei bisheriger in den einzelnen Industriezweigen oder sonstigen Betrieben geltender Normalarbeitszeit nicht erfolgen.
3. Neu in Beschäftigung Tretende erhalten mindestens den Verdienst oder Gehalt eines gleichwertigen Arbeiters (Arbeiterin) oder Angestellten (Angestellte).
4. Für Auszahlung muß der volle Lohn oder Gehalt gezahlt werden.
5. Entlassungen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Angestellten dürfen bis zur endgültigen Regelung der geschlichen Arbeitslosgesorge nicht erfolgen. Mit dem Eintritt der geschlichen Arbeitslosgesorge sind Entlassungen nur möglich, wenn eine vorübergehende 14tägige Kündigungsfrist erfolgt ist. Der früheste Termin der Kündigung tritt den Tag, an dem die geschliche Arbeitslosgesorge in Wirksamkeit tritt. Soweit seit 9. November 1918 Entlassungen bereits erfolgt sind, muß den Entlassenen eine Entschädigung in Höhe eines Zweimonatsverdienstes nachgezahlt werden. Haben Entlassene anderwärts Arbeit gefunden, so ist ihnen nur für die arbeitslosen Tage Entschädigung zu zahlen.
6. Ausnahmen über Arbeitszeit, Lohnhöhe, Gehälter, Entlassungen und über Anstaltswesen dieser Verordnung sind nur zulässig, wenn solche mit den zuständigen Berufsorganisationen (Gewerkschaften, Angestelltenverbände) in Verbindung mit den Arbeitern- und Soldatenräten vereinbart werden. Solche Vereinbarungen sind sofort den Gewerkschaften anzuzeigen.
7. Werkvereine (sogen. gelbe Organisationen) gelten nicht als Berufsorganisationen.
8. Unternehmer, die grob, fahrlässig, absichtlich oder böswillig gegen vorstehende Verordnung verstoßen, gewärtigen Bestrafung und Entziehung des Verfügungsrechts über ihren Betrieb.
9. Maßnahmen der Arbeiter- und Soldatenräte, die mit dieser Verordnung in Widerspruch stehen, treten außer Kraft.
10. Diese Verordnung tritt am 25. November 1918 in Kraft.

Dresden, den 22. November 1918.
Arbeits- und Wirtschaftsministerium:
Volksbeauftragter Schwarz.

Die Steinarbeiter haben also schon bei der Lohnauszahlung am 30. November darauf zu achten, daß ihnen keine Lohnrückstellungen zugewendet werden. Finden Lohnrückstellungen statt, so ist dem Verbandsvorstand sofort Bericht zu erstatten, damit dementsprechende Gegenmaßnahmen getroffen werden können. In den übrigen deutschen Territorien wird der Achtstundenarbeitstag vom 1. Januar 1919 an zur Einführung gelangen.

Korrespondenzen.

Bunzlau. Durch Mitwirkung der Verbandsleitung kam mit der Firma Z e i d e r & W i m m e l folgender Ergänzungsantrag zum Abschluß:

1. Für solche Arbeiten, die nicht auf Grund des Affordtarifes, sondern im Stundenlohn ausgeführt werden, werden sämtlichen Steinmehlen auf die bisher gezahlten Grundlöhne 20 Pfennig Zulage pro Stunde gewährt.
2. Für die Schrotter wird der bisher gezahlte Grundlohn von 70 auf 90 Pf. pro Stunde erhöht.
3. Für die Lagerarbeiter wird der bisher gezahlte Grundlohn durchgängig auf 70 Pf. pro Stunde erhöht.
4. Für die Lagerarbeiterinnen wird der bisher gezahlte Grundlohn durchgängig auf 50 Pf. pro Stunde erhöht.

Zur Zeit kommen Arbeiten vor, die nicht im Afford ausgeführt werden können. Die Abmachung aber zeigt, daß auch den Steinarbeitern an einer Verständigung etwas gelegen ist.

Salle (Saale). Der Siebenstundentag für die Steinindustrie! Die neue Regierung der Volksbeauftragten erklärt, daß ab 1. Januar 1919 der Achtstundentag allgemein durchgeführt werden soll. Damit wird eine der alten Forderungen des Proletariats verwirklicht werden. Gerade wir Sandsteinarbeiter mit unserem gesundheitsgefährlichen Beruf sind gezwungen, eine erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit zu fordern, wollen wir eine Katastrophe an unserer Gesundheit verhüten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß die Bezahlung der Arbeiter bei herabgesetzter Arbeitszeit die gleiche bleiben muß, wie bei normaler Arbeitszeit. Kollegen, es ist die dringendste Pflicht, an die Unternehmer die Forderung auf sofortige Einführung des Siebenstundentages mit Lohnausgleich zu stellen. **Karl Montag.**

Hempsta. Die Firma Brendler zahlt ihren Schleferinnen zur Zeit 34 Pfennig Stundenlohn. In der Lausitz beträgt für die Steinmehlen und Schlefer die Zulage 50 Prozent. Diese Zulagen bekommen aber die Frauen der genannten Firma nicht. Wir stellen diese Firma der Deberlichkeit mit dem Bemerkten anheim, daß ein solches Verhalten scharf gerügt werden muß. Schritte zur Abstellung dieses Mißstandes sind eingeleitet.

Rundschau.

Die 1. Wahl. Am 24. November fanden im Bezirk Dresden die ordentlichen Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat statt. Für die Sozialdemokratie wurden 117 000, für die Unabhängigen — 8000 Stimmen abgegeben. Dieser Wahlausgang zeigt, daß man sich auf der linkssozialistischen Seite in Zukunft etwas mehr mit Toleranz wappnen möchte.

Gewaltige Fortschritte der deutschen Gewerkschaften. Auch die bisher gleichgültigen oder furchtsamen Arbeiterschaften sind durch die Revolution aufgeweckt. Die deutschen Gewerkschaften machen in dieser Zeit gewaltige Fortschritte. Das Berliner Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte in einer einzigen Woche 18 000 Beiträge zu verzeichnen. Auch andere Berliner Gewerkschaften haben es im Verhältnis zu der Zahl der Berufsangehörigen auf ähnliche Anmeldeziffern gebracht.

Was ist aus den russischen Gewerkschaften geworden? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ macht darauf aufmerksam, daß man seit Monaten nichts mehr von den russischen Gewerkschaften gehört hat. In den ersten Zeiten der Revolution konnte man von einem starken Aufschwung der Gewerkschaften, vom allrussischen Metallarbeiterkongress und anderen beruflichen Arbeitertagungen hören. Seit dem Regierungsantritt der Bolschewiken ist es davon ganz still geworden. Die russische Arbeiterbewegung zeigt sich jetzt als die Gründung eines Volkskongresses in Warschau, einer Arbeiteruniversität für Eisenbahneigenen in Warschau, einer Arbeiterhochschule in Warschau. Aber nicht eine einzige Seite ist in allen ihren Meldungen von den proletarischen Berufsverbänden und ihrer Tätigkeit zu finden. In Russland gibt es handlungslos von Metallarbeitern, sagt dazu die „Metallarbeiter-Zeitung“. Unter der Zarenregierung hatten wir noch Verbindungen mit ihnen. Aus einem leichten begrifflichen Grunde haben die Namen dieser Verbindungen, aber es war doch eine Verbindung da. Als die Sowjetregierung ans Ruder kam, hatten wir, daß nunmehr die russischen Gewerkschaften wieder auflieben würden. Aber nichts davon; im Gegenteil errichten wir jetzt in geräumiger Zeit gar nichts mehr, auch

schon 40 Prozent bezahlt, ab 15. Dezember tritt eine Erhöhung auf 50 Prozent ein. Die Kollegen sind sich ferner vollkommen einig darüber, daß auch ein Tarifstarif zum Abschluß gelangen muß. Wir haben 1912 darum schon einen großen Streit geführt, derselbe wurde vergeblich durchgeführt, ging aber trotzdem verloren. Damals konnte nur mit der Firma Jahnemann ein Tarifvertrag abgeschlossen werden. Wir wissen nicht, ob die Herren, auch heute noch den Standpunkt einnehmen, als Gegner der Tarifverträge aufzutreten, aber das wissen die Kollegen, daß das würde Affordwesen schnellstens beseitigt werden wird. Den Steinarbeitern ist darum zu tun, daß hier auf die schnelle Weise ein Tarifvertrag zustande kommt, wie solche Verträge schon seit langem in den andern Steinbruchsdistrikten existieren. Die Kollegen werden erleichtert und glücklich mit der Ratifizierung durch den Verband einziehen, denn nur dadurch kann ein Erfolg für sie gesichert werden.

Regien über den Vertrag mit den Unternehmerverbänden.

SA. Einer unserer Mitarbeiter hatte heute Gelegenheit, den Bescheid Regien darauf hinzugehen, welche Darstellung die Gewerkschaften und namentlich die Gewerkschaftsführer hinsichtlich der Sache von der Geschichte des großen Vertrages gibt, den die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden über die Regelung der Lohnverhältnisse abgeschlossen haben. (Abdruckung des Dokumentes des Geselben, allgemeiner Tariflohn, paritätischer Arbeitsnachweis usw.) Diese libertäre Freie wolle es so tun, als ob die Gewerkschaften bis zum 9. November geblieben hätten und dann nach dem Siege der Revolution eiligt zu den Unternehmern lauerten wären, um sich von den Erfindungen allerlei Zusätze machen zu lassen, die dann die Gewerkschaften als ihre Errungenschaften ausgeben hätten. Zugleich sei der ganze Vertrag ein Mandat, um die Arbeiter von den weitergehenden Forderungen auf Sozialleistungen abzuhalten und dadurch die kapitalistische Gesellschaft zu retten. Wir haben daher Regien um eine genaue Darlegung der Sachverhalte dieses Vertrages. Regien antwortete:

Gleichviel wie der Krieg ausging, war damit zu rechnen, daß eine wirtschaftliche Lebenshaltung mit einem Schläge beseitigt werden würde, sobald die Industrie wieder auf die Friedensarbeit umgestellt wurde. Die Unternehmer wären dann sofort zu den alten Friedensverhältnissen zurückgeführt und hätten den Gewerkschaften einen Kampf zur Verteidigung der während des Krieges erzwungenen Löhne aufzuzwingen, die ja auch kaum in einem Verhältnis zur Lebenshaltung standen. Nach der Sachlage war vorzuziehen, daß bei dem starken Ansturm auf den Arbeitsmarkt mit Arbeitern, die durch den Krieg wirtschaftlich ruiniert und ferner durch Unterernährung geschwächt waren, ein langdauernder schwerer wirtschaftlicher Kampf kaum zu führen sein würde. Deshalb haben es die Gewerkschaften nicht abgelehnt, mit den Unternehmern in Verhandlungen einzutreten, um, wenn möglich, diesen Kampf zu vermeiden.

Die Friedensverhältnisse von Unternehmern begannen schon Anfang des Jahres 1918. Zu näherer Verständigung mit einem Vertrauensmann der Unternehmer kam es am 2. Okt. Am 22. Oktober fand die erste Zusammenkunft von vier Unternehmervertretern und vier Gewerkschaftsvertretern statt. In dieser Besprechung wurden die allgemeinen Grundzüge für die Regelung der Arbeitsverhältnisse nach dem Krieg aufgestellt. Da die Unternehmer zunächst mit den einzelnen Arbeitgeberverbänden Rücksprache nehmen mußten, wurde die weitere Beratung auf unbestimmte Zeit vertagt. Inzwischen schuf das deutsche Waffenstillstandsangebot eine Lage, die es wahrscheinlich machte, daß die Demobilisation, die man sich bis dahin langsam und auf mehrere Monate verteilt vorgestellt hatte, in Tagen abgewickelt werden würde. Hier drohte, wenn nicht energische Maßnahmen getroffen würden, der Zusammenbruch des ganzen deutschen Wirtschaftslebens. Deswegen traten Unternehmer- und Gewerkschaftsvertreter in den letzten Tagen des Oktober wiederholt zusammen, um die für die Demobilisation notwendigen Maßnahmen zu beraten. Ein Plan für die Organisation der Demobilisationsbehörde wurde in den Grundzügen aufgestellt und der Konferenz der Vertrauensvertreter am 1. November zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Konferenz stimmte dem Plan zu, und die Verhandlungen wurden fortgesetzt.

In einer Sitzung beim Reichskanzler, an der das gesamte Kabinet teilnahm, wurde dieser Demobilisationsplan von den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaften vorgetragen und nach einigem Widersprechen anerkannt. Weitere Verhandlungen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt führten ebenfalls zu einer Verständigung. Das Ergebnis war die Einrichtung der Demobilisationsbehörde unter Leitung des Staatssekretärs Köhler.

Die gewerkschaftlichen Vertreter hatten während der ganzen Verhandlungen daran festgehalten, daß es mit dieser Demobilisationsbehörde nicht sein können haben dürfen, sondern, daß allgemeine Abmachungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit abgeschlossen werden. Ein diesbezüglicher Organisationsplan wurde in einer gemeinsamen Sitzung am 5. November durchdiskutiert; seine weitere Behandlung wurde je einem Vertreter der Unternehmer und der Gewerkschaften übertragen. Die ebdalige Beschlußfassung sollte in der für Montag, 11. November vorbestimmten Sitzung erfolgen. Das ist auch tatsächlich geschehen. Am 12. November wurden die Verträge bereits zur Ratifizierung gebracht, und nur die Veröffentlichung zog sich bis zum 15. November hinauf, weil die Vertrauensvertreter namentlich bei den Unternehmern, erst am 14. November zusammenkommen und die Genehmigung zur Ratifizierung erteilen konnten.

Auf eine Reihe nach dem Erfolg, den danach die Revolution auf diese wichtige Voraussetzung auszuüben konnte, trug diese Regien: Selbstverständlich haben die Gewerkschaftsführer den Sieg der Revolution sofort benutzt, um ihre Forderungen höher zu stellen, und diese anderen Forderungen wurden ohne wesentlichen Widerspruch durchgesetzt. Die Revolution hat also den Inhalt des Vertrages in einigen wichtigen Punkten beeinflusst, aber es ist keine Rede davon, daß der ganze Vertragserfolg durch die Revolution anderer oder in Frage gebracht worden wäre.

Zur 4. Steuerzulage.

Die bisherige Steuerzulage ist um 33 1/2 Prozent, also von 6 Wk. auf 12 Wk. erhöht worden. Mit dieser Erhöhung verbunden war eine Preisermäßigung seit Anfang des Jahres von nicht weniger als 70 Prozent, ja annähernd 80 Prozent. Der Steuerbetrag für Steinmehlen im hiesigen Subjekt- und Grundsteuerbesitz betrug im Juli 1914 1 1/2 Wk., im Juli 1918 2 1/2 Wk., im Juli 1919 4 Wk., im Juli 1920 6 Wk. Das ist eine Steigerung von 400 Prozent, die heute der Steuerpflichtige nur noch 20 Prozent zahlt. Das wäre eine sehr erhebliche Erleichterung der Steuerlast. Die Ermäßigung gilt für die Steuern des Subj. und Grundsteuerbesitzes und für die Steuern des Subj. und Grundsteuerbesitzes.

Redaktion. Der Bundesrat für Steinmehlen be- rief am 1. November 1919.

nicht von etwaigen Gewerkschaften der Metallarbeiter. Woher ist das? Der deutschen organisierten Arbeiterkraft hat Vieles zu danken, daß bei der Ueberführung der Gesellschaft zum Sozialismus die Gewerkschaften in der Regelung der Güterherzeugung eine wichtige Rolle zu spielen hätten. Braucht man in der russischen Sowjetrepublik keine Gewerkschaften zu diesem Zwecke? Um Aufklärung wären dankbar. Oder ist die vor einiger Zeit verbreitete Nachricht, daß Bolschewiki die Gewerkschaften verfolgen, doch nicht so ganz unzutreffend? Wir haben sie bisher nicht glauben wollen. Jetzt sieht es bei uns in Deutschland aber so aus, als ob die der Zarenregierung nie ganz längere Unterdrückung der Gewerkschaften von der Sowjetregierung mit Erfolg durchgeführt worden sei.

Aus der Lausitz. Die ersten Anstimmungen, welche aus dem Bezirk entsandten wurden, haben sich in den Jahrestellen der Lausitz bemerkt. In den Grenzgebieten von Lubau, Demitz-Thurn- und Rose hat bereits eine ansehnliche Zahl von Berufsstellenden Eintritt in den Verband vollzogen.

Briefkasten.

Hamburg. H. Du bist also von Deiner Fußtour aus dem W. zurück. Es war aber höchste Zeit. B. Gr. — K. in D. Wir müßten davon Abschied nehmen. Die Kollegen wissen, daß für sie die Arbeitsvermittlungsstellen maßgebend sind. — B. in H. Jene Verordnung selbstredend für die gesamte Steinindustrie Sachsens. Der Achtstundenarbeitstag ist seit dem 25. November eingeführt. Lohnrückstellungen sind deshalb nicht stattdessen. — Herdecke. Die Zeitungen gelangen den Kollegen Keilner, Jungferneiche 2. — K. M. in Augsburg. Bitte, an die Poststelle werden. — Ebbau. Haben uns sofort Dresden gewandt. — Heppenheim. Stand schon zweimal in der Landesbekanntmachung und wird noch öfters erscheinen. — Ebbau. wurde erstattet, ob ein Grund zur Verhaftung vorlag, steht auf einem anderen Blatt. — A. G. Jene Abmachungen haben wir nicht besondern lassen.

Der „Steinarbeiter“ wird durch Selbstverbindungen nicht mehr an Land. Allerdings die Kollegen, die sich noch in Lagerstätten befinden haben noch Anspruch auf die Zuführung des „Steinarbeiters“. Ueberweisung hat aber durch die Poststelle zu geschehen.

Allgemeine Bekanntmachung.

Ebbau. Die aus dem Felde heimkehrenden Kollegen wollen baldigt beim Vorfinden, Kollegen Meierfor, melden. Ferner auf unseren Arbeitsnachweis hingewiesen. Es wird jedem Kollegen entgeltlich Arbeit zugesichert.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Bei dem Ausstellen der neuen Mitgliedsbücher ist zu beachten, daß die bis jetzt geleistete Beiträge sowie die erhaltenen Einkünfte in das neue Mitgliedsbuch eingetragen werden. Jedes Mitglied hat selbst darauf zu achten, daß sein neues Buch genau ausgefüllt wird, um sich dadurch vor Unannehmlichkeiten zu schützen.

Die alten Mitgliedsbücher der vom Heer entlassenen Kollegen werden den Poststellen zugesandt.

Betrifft Arbeitsnachweise. Es sind uns unverzüglich beim Monatswechsel die grauen Postkarten zuzustellen.

Anzeigen.

Gesucht wird ein Schreibgewandter Kriegsbeschädigter für ein Lohnbureau im Erzgebirge. Wochenlohn vorläufig 35 Mark. Reisekosten können vergütet werden. Näheres zu erfragen durch die Expedition des „Steinarbeiters“.

Einige solide Steinmehlen, welche in prof. Arbeiten in Muschelkalk und hartem Sandstein Tüchtiges leisten können andauernde und gut bezahlte Beschäftigung finden.
Müllerbauhütte St. Nikolaus in Heberlingen a. Su.

4-5 Steinmehlen auf Sandstein, Granit und Marmor, sowie einen in allen Getreidesorten geübten Schrifthamer, der möglichst auch Schrifz zeichnen kann, stellen für dauernde Beschäftig. bei ein Hellmann & A Brassard, Osabrück.

Ein Steinmehlvorarbeiter für bessere Grabmalarbeiten, auch in N. Granit Schrifthamen kann und im Aufstellen bewandert ist, gesucht. Nur erste Kräfte, die in jedem Material arbeiten können, wollen sich melden beim Arbeitsnachweise Essen, B. Schmitz, Hagenaufstraße 21.

Im Felde gefallen

sind nachstehende Kollegen:
Albert Bechtel, 38 Jahre alt, aus der Jahst. Berlin.
Karl Mahrholz, 30 Jahre alt, a. d. Jahst. Heppenheim.
Heinrich Schneegold, 40 J. alt, a. d. Jahst. Ebbelstadt.
Josef Weiner, 41 Jahre alt, aus d. Jahst. Striegan.

Ehre ihrem Andenken!
(Wir erziehen die Vertrauensleute, daß auch bei der Meldung über die im Felde Gefallenen das Todesanzeigenformular ausgefüllt wird.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeliefert werden.)
In Berlin am 2. November der Sandsteinmeh Albert Meye, 68 Jahre alt, an Grippe.
In Breslau am 7. November der Sandsteinmeh Otto Strelzig, 32 Jahre alt, an Lungentuberkulose.
In Dresden am 3. November der Sandsteinmeh Max Oertel, 58 Jahre alt, an Lungentrübheit.
In Essen am 12. November der Sandsteinmeh Wilhelm Jonas, 60 Jahre alt, an Herzlähmung.
In Ebbau am 14. November der Sandsteinmeh Wilhelm Fledler, 54 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
In Regensburg am 11. Oktober der Sandsteinmeh Heinrich Dehne, 51 Jahre alt, an Grippe.
In Steinach am 15. November der Griffelmacher Karl Wittig, 51 Jahre alt, an Lungenleiden.
In Strehlen (Schle) am 1. November der Granitbrecher Friedrich Hanke, 59 Jahre alt, an Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Herausgeber: Alois Staubinger, Verlag von Paul Starke, beide in Leipzig.
Rotationsdruck der „Freien Presse“ Leipzig, Königstraße 8.